

Land will Gewalt gegen Einsatzkräfte härter verfolgen

VON HÉLÈNE MAILLASSON

SAARBRÜCKEN Wer eine Polizistin, einen Feuerwehrmann oder einen Bürgermeister beleidigt und gar körperlich angreift, soll künftig schneller und konsequenter die Härte des Gesetzes zu spüren bekommen. Das haben der saarländische Innenminister Klaus Bouillon und Justiz-Staatssekretär Roland Theis (beide CDU) am Freitag angekündigt. „Opfer dieser Taten sollten damit nicht allein gelassen werden“, sagte Theis. Bei Angriffen auf Menschen, die im Einsatz für das Gemeinwohl sind, sei das öffentliche Interesse grundsätzlich gegeben. So werde die Staatsanwaltschaft solche Fälle künftig verfolgen anstatt die Menschen auf den Privatklageweg zu verweisen. Eine Einstellung der Verfahren soll es nur noch in Ausnahmefällen geben. Bisher galt das grundsätzliche öffentliche Interesse lediglich für Polizisten. Die Änderungen der

Justiz-Staatssekretär Roland Theis (CDU).

FOTO: OLIVER DIETZE/
DPA



entsprechenden Richtlinie greifen ab dem 1. März und gelten nicht nur für Staatsbedienstete, sondern auch für Mitglieder privater Rettungsdienste oder zum Beispiel Schülerlotsen. „Es geht ja um die Funktion, in der die Menschen unterwegs sind“, so Theis. Bei der Staatsanwaltschaft gibt es außerdem ab jetzt einen zentralen Ansprechpartner für Einsatzkräfte.

Darüber hinaus soll die Strafverfolgung durch einen verstärkten Einsatz des beschleunigten Verfahrens effizienter werden. „Im besten Fall kann es gelingen, die Täter in wenigen Tagen zu stellen und ihnen einer gerechten Strafe zuzu-

führen“, sagte der Innenminister. Ob Verbesserungen durch diese Maßnahmen eingetreten sind, soll laut Bouillon im September geprüft werden. Das grundsätzliche Problem, die vermehrten Angriffe auf Rettungskräfte und Mandatsträger, zeuge von einer Verrohung der Gesellschaft. Mit den vorgestellten Maßnahmen habe die Landesregierung „verbesserte Instrumente geschaffen“, um dieser Art von Gewalt entgegenzutreten, befand Theis.

Darüber hinaus will sich das Saarland mit Blick auf Gewalt gegenüber Polizisten für eine Verschärfung des Strafrechts einsetzen. „Wir wollen erreichen, dass gewalttätige Angriffe gegen Polizeibeamte härter bestraft werden und das Strafmaß auf mindestens sechs Monate festgelegt wird“, sagte Bouillon. Das Thema werde voraussichtlich bei der nächsten Innenministerkonferenz als Tagesordnungspunkt aufgenommen, so der Innenminister.